

Mit Gebühr'n und Zinsen Geht Freiheit in die Binsen Zum solidarischen Boykott der Studiengebühren

"Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können."

Norbert Walter, Deutsche Bank, am 7.2.2005 im MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt

Victory! Die „Sieger der Geschichte“ wünschen sich die umfassende Beseitigung aller historisch errungenen sozialstaatlichen Regulierung der kapitalen Konkurrenz. Hinweggefeigt werden soll selbst die Sozialgesetzgebung von Bismarck, dem alten Sozialisten. Bis in den letzten Winkel der Gesellschaft möge alles der profitablen Verwertung überantwortet werden. Wollt ihr die totale Freiheit? Konkret sieht das so aus:

Ehrlich verdient, mit Massenentlassungen und Lohndrückerei in all ihren Beteiligungen und Geschäften, hat beispielsweise die Deutsche Bank den Rekordgewinn des letzten Jahres aktuell noch mal um dreißig Prozent übertroffen. Davon sind allein 355 Millionen Euro ein neuerliches Steuergeschenk im letzten Viertel des Geschäftsjahres; insgesamt sechs Mrd. Euro reiner Gewinn. Das ist sechs mal der Betrag, der je Semester zusammenkäme, sollten bundesweit alle Studierenden Gebühren zahlen.

Der kapitalfromme Hamburger Senat möchte eben diesen, den Banken, nun die „soziale Abfederung“ der Studiengebühren übertragen und eröffnet ihnen damit ein neues Klientel zum renditereichen Ausquetschen. Mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW-Bank) hat Wissenschaftsmanager Dräger jüngst ein Darlehensmodell vereinbart, nach dem – dank ungedeckelter Zinsen – aktuell bis zu 22000 € an die Bank zurückzahlen soll, wer 7000 € bei ihr leiht, um die Gebühren zu berappen. Für jeden Euro Gebühren an die Uni gehen so zwei Euro Zinsen an die Bank. Ein Musterbeispiel konservativer sozialer Gerechtigkeit.

So lässt sich die „Lenkungsfunction“ der Studiengebühren noch über das Studium hinaus verlängern. Denn wer hoch verschuldet aus der Hochschule kommt, soll nicht nur im Studium brav gelernt haben, womit er sich bestmöglich an seine späteren Herren verkaufen kann. Wer derart unter Druck steht, so das Kalkül, wird jede noch so menschenverachtende Tätigkeit annehmen. Er wird auch buckeln-beißenlächeln um jede noch so schlechte Stelle nicht zu verlieren und, um seinem Arbeit“geber“ prächtiger als Andere gefallen zu können, auch das Schleifen sozialer Errungenschaften als Freiheit begreifen. Selbstverwertung als Programmatik der Persönlichkeit.

Das bewußte Nein! zu dieser antisozialen Praxis ist der Ausgangspunkt für jede Verbesserung. Ausbeutung, Konkurrenz und das Lernen für den fremden Zweck sind nicht des Menschen Natur, lösen kein gesellschaftliches Problem, sind nicht freudvoll und auch nicht das Ende der Geschichte. Der Mensch macht seine Geschichte selbst. Solidarisch ist er Souverän. Der Boykott der Studiengebühren gehört dazu.

Aufgrund bisheriger Kämpfe ist die Rückmeldung bei der Uni (1.4.) und die Zahlung der Gebühren (15.6.) getrennt worden. Wir haben somit gute Bedingungen, den solidarischen Boykott der Gebühren in der vorlesungsfreien Zeit und Anfang des nächsten Semesters durchzuführen. Daran sollten sich alle beteiligen.



So läuft der Boykott:

0. Der Boykott

Der Boykott als politisches Kampfmittel beruht im wesentlichen auf der kollektiven Verweigerung der Zahlung der allgemeinen Studiengebühren. Das solidarische Handeln ist dabei entscheidend gegen die drohende Vereinzelung, jeder möge für sich mit der zusätzlichen finanziellen Belastung und der ideologischen Knute zum braven, zügigen und entfremdeten Studium fertig werden.

Die erforderliche Solidarität wird für den Studiengebührenboykott mit der Einrichtung eines Treuhandkontos ermöglicht. Die Kontonummer und die genauen Einzahlungsmodalitäten findet Ihr in den AGBs (siehe <http://www.gebuehrenboykott.de/agb.html>). Das Konto wird vom Rechtsanwalt Martin Klingner im Auftrag des "Verein zur Förderung eines gebührenfreien Studiums an der Universität Hamburg e.V." geführt, in dem sich der erheblich erweiterte Kreis der am Boykott beteiligten Gruppen mit gesellschaftlichen Bündnispartnern zusammenfindet.

1. Die Überweisung

Der Boykott der allgemeinen Studiengebühren ist Teil einer bundesweiten Kampagne, deshalb boykottieren wir zum Sommersemester 2007 länderübergreifend einheitlich die allgemeinen Studiengebühren in Höhe von 500 Euro.

Wer noch nicht von den allgemeinen Studiengebühren befreit wurde, überweist seine Studiengebühr (500 Euro) auf das extra zu diesem Zweck eingerichtete Treuhandkonto. Auf den Überweisungsträgern sind unbedingt die Matrikelnummer und der Name einzutragen, ein Muster befindet sich bei den AGBs (s.o.).

2. Das Quorum

Beteiligen sich bis zum Stichtag (drei Tage vor Ende der Zahlungsfrist) für die allgemeinen Studiengebühren (derzeit der 12.06.2007) mindestens 10.000 Studierende (etwa ein viertel der Studierenden der Uni HH) an der Aktion, so wird der Boykott wirksam: Das Geld wird nicht an die Uni überwiesen. Sicher ist: Der Senat kann es sich sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen nicht leisten, auf einen Schlag ein Viertel der künftigen Akademiker zu verlieren. Er ist also gezwungen, allen, auch ohne die Zahlung der Gebühren, das Studium zu ermöglichen.

Erreichen wir die Beteiligung von 10.000 nicht, wird das Geld zum Ende der Einzahlfrist vom Treuhandkonto unter Angabe der Matrikelnummern an die Uni überwiesen. Alle, die ihre allgemeinen Studiengebühren zuvor auf dem Treuhandkonto eingezahlt haben, bleiben immatrikuliert und wir haben wichtige Erfahrungen für die nächste Runde gewonnen. Es gilt: Wer kämpft, kann nicht verlieren, aber sehr viel gewinnen.

3. Hinweis zum Befreiungsverfahren:

Die Gebührenbescheide werden erst nach Beginn des Sommersemesters verschickt. *"Vor Erhalt eines Gebührenbescheides besteht keine Zahlungspflicht, die Studiengebühren des Sommersemesters 2007 werden zum 15. Juni 2007 fällig"* (siehe www.uni-hamburg.de) und können somit gemeinsam boykottiert werden. Alle Studierenden haben vier Wochen nach Erhalt des Gebührenbescheides Gelegenheit, Anträge zur Befreiung von den Gebühren zu stellen. Viele Befreiungsgründe müssen jedoch noch durch politische Kämpfe und juristische Auseinandersetzungen erstritten werden.

bitte wenden 